Begründung:

Bislang hat sich der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung intensiv mit sozialer Beschäftigungsförderung befasst. Durch parteiübergreifendes Engagement konnten in der Vergangenheit viele erfolgreiche Projekte initiiert und durchgeführt werden.

Mit dem Inkrafttreten des SGB II hat sich diese Thematik und auch der bisher vorhandene Gestaltungsspielraum verändert.

Soziale Beschäftigungsförderung obliegt nunmehr der ARGE und dem Rhein-Sieg-Kreis mittelbar über die Trägerversammlung.

Diesen neuen Rahmenbedingungen soll Rechnung getragen werden. Als zukunftsrelevante Themen sieht die CDU-Kreistagsfraktion dabei im Wesentlichen

- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Angelegenheiten von Senioren und Menschen mit Behinderungen
- politische Begleitung der ARGE
- Gesundheitsförderung.

Die Verwaltung wird gebeten, diese Aspekte näher auszudifferenzieren.